

## Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/1169/2018**  
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich  
Datum: 29.05.2018

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung  
Aktenzeichen/Telefon: - Al - /1032  
Verfasser/-in: Prof. Dr. Steffen Reichmann, AfD-Fraktion

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Zur Kenntnisnahme
Haupt-, Finanz-, Wirtschafts-, Rechts- und Europaausschuss		Beratung
Stadtverordnetenversammlung		Entscheidung

### Betreff:

**Kein sog. Ankerzentrumsin der Universitätsstadt Gießen  
- Antrag der AfD-Fraktion vom 28.05.2018 -**

### Antrag:

- „1. Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich gegen die Errichtung eines sog. Ankerzentrums in der Universitätsstadt Gießen aus.
2. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, bei Bund und Land darauf hinzuwirken, dass in Gießen kein Ankerzentrum eingerichtet wird.
3. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, im Rahmen seiner rechtlichen Möglichkeiten Maßnahmen gegen die Einrichtung eines Ankerzentrums in Gießen ergreifen.“

### Begründung:

Seit der Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD für die neue Bundesregierung die Errichtung von sog. Ankerzentren (**ANK**unfts-, **Entscheidungs-** und **Rückführungs**zentren) festschreibt, berichten lokale und überregionale Medien, dass Bund und Land Planungen für ein solches Ankerzentrum in Gießen vorantreiben.

Seit der Flüchtlingskrise wird die Universitätsstadt Gießen, im Vergleich zu anderen hessischen Kommunen, aufgrund der Hessischen Erstaufnahmeeinrichtung in vielen

Bereichen (Finanzen, Kriminalität, Wohnungsbau, ÖPNV usw.) außerordentlich belastet. Da ein Ankerzentrum zu einer weiteren Verschärfung solcher Belastungen führen würde, widerspricht es dem Interesse der Gießener Bürgerinnen und Bürger.

Deshalb bitten wir um die Zustimmung zu unserem Antrag.

Prof. Dr. Steffen Reichmann  
Fraktionsvorsitzender